



ASIEN/INDIEN - Kirche bezeichnet die Kandidatur von Narendra Modi für das Amt des Premierministers als „politischen Selbstmord der BJP“

New Delhi (Fidesdienst) – Die größte Oppositionspartei „Bharatiya Janata Party“ (BJP) regierte Indien von 1999 bis 2004. Für die Wahl im Jahr 2014 stellte sie den umstrittenen Politiker Narendra Modi als Kandidaten für das Amt des Regierungschefs auf. Modi ist derzeit Ministerpräsident des Staates Gujarat und seine Kandidatur wurde nach einer heftigen Debatte in der Partei bekannt gegeben. Der 62jährige Politiker ist als Vertreter des hinduistischen Nationalismus bekannt. Viele erinnern sich daran, dass er 2002 zur wenig unternahm um die Gewalt zwischen Hindus und Muslimen zu beenden, bei der viele Muslime getötet wurden. Mit der Bekanntgabe seiner Kandidatur beginnt in Indien offiziell der Wahlkampf.

Die katholische Kirche und viele Organisationen, die sich für interreligiöse Harmonie, friedliches Zusammenleben und Pluralismus einsetzen, üben unterdessen Kritik an der Kandidatur. Nach Ansicht des Sekretärs der Justitia-et-Pax-Kommission der Indischen Bischofskonferenz, Pfarrer Charles Irudayam, handelt es sich um „einen politischen Selbstmord der PJP“, da „die meisten hinduistischen Bürger die Politik Modis nicht begrüßen“. „Alle, die eine säkulare Staatsform unterstützen, die auf den Prinzipien der Bürgerschaft, der Rechte und der Justiz unterstützen, werden ihn nicht wählen“, so der katholische Geistliche zum Fidesdienst. „Die BJP setzt damit auf eine nationalistische Agenda, die die Religion instrumentalisiert. Man hofft auf die Stimmen junger Wähler und hinduistischer Sektoren der Gesellschaft. Doch ich glaube, dass diese Strategie, wie dies bereits im Staat Karnataka geschah, keinen Erfolg haben wird“.

„Die katholische Kirche“, so Pfarrer Irudayam, wird sich weiterhin für Harmonie und für das Wohl des Landes einsetzen, ohne dabei die eine oder die andere Partei zu unterstützen, sondern durch unser Engagement für Gerechtigkeit und Rechte für alle, insbesondere Arme und Benachteiligte“. (PA) (Fidesdienst, 17/09/2013)